59. Jahrgang No. 175

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Donnerstag, 13. April 1911

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens, Montags nur abends. **Abonnementspreis** für Gross-Berlin: **20 Pfennig wöchentlich** bzw. **85 Pfennig monatlich** frei ins Haus, vierteljährlich Mark 2.55. Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich Mark 0.90 und vierteljährlich Mark 2.70. **Insertionspreis** für die Zeile 40 Pfennig, Stellenangebote und Gesuche 30 Pfennig. Kleine Anzeigen: das Wort 6 Pfennig, das fette Ueberschriftswort 15 Pfennig. Redaktion und Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Strasse 46—49. Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin W.

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt Illustrierter Familien-Zeitung und farbig illustriertem Witzblatt ULK

Tel.: Amt I, Nr. 10181-10148. Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbusserstr. 1, Wiesenstr. 1-6, Frankfurter Allee 61—63, Gr. Frankfurterstr. 31 b, 88, Preussische Allee 54, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstr. 7, Badstr. 55, Königstr. 56-57, Rosenthalerstr. 48, Rathenowerstr. 3, Potsdamerstr. 35, Leipzigerstr. 108, Hüttenstr. 69, Charlottenburg: Tauentzienstr. 2-3, K. ottstr. 34, Scharrenstr. 38; Friedenau-Steglitz: Rheinstr. 39; Gross-Lichterfelde West: Curtstr. 1—2; Halensee-Grunewald: Hectorstenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Chaussee 120; Pankow: Bornholmerstr. 1; Rixdorf: Berlinerstr. 41; Schöneberg: Hauptstrasse 155; Tegel: Berlinerstr. 96; Weissensee: Berliner Allee 28, Wilmersdorf: Uhlandstr. 36—39.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die Fortbildungsschule als Magd der Kirche.

Die Attacke der Heiligen und der Ritter.

Wenige Tage nach der ersten Lesung des Fortbildungsschulgesetzes im Abgeordnetenhause debattierte das Herrenhaus über einen zunächst ihm vorgelegten Gesetzentwurf betreffend die Verpflichtung zum Besuche ländlicher Fortbildungsschulen in den Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen, Westfalen sowie in der Rheinprovinz und in den Hohenzollernschen Landen. Wenn man die Stenogramme der Reden in beiden Häusern aufmerksam durchsieht, so kommt man sehr bald einem wohlvorbereiteten Plan auf die Spur, nach dem die Konservativen und das evangelische „Kirchenregiment" einerseits, das Zentrum und der katholische Episkopat andererseits vorgehen, um die Fortbildungsschulen aller Gattungen nach dem Muster der Volksschule in die Hände der Kirche zu spielen.

Wir haben hier schon darauf hingewiesen, daß, während noch in der vorigen Session bei der Beratung des Fortbildungsschulgesetzes für Schlesien die Konservativen die Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts ablehnten, sie bei dem jetzt vorliegenden Pflichtfortbildungsschulgesetz diesem Verlangen des Zentrums zustimmten. Der Umfall der Konservativen zeigt sich noch deutlicher im Herrenhause. Graf v. Hohenthal-Dölkau, eine Stütze der evangelischen Orthodoxie, trug der Staatsregierung mehrere Wünsche für die Weiterentwickelung der ländlichen Fortbildungsschule vor, darunter auch diesen, „daß der Bereitwilligkeit der Geistlichen, sich bei dem Fortbildungsschulunterrichte zu beteiligen, in ausgiebigster Weise entgegengekommen wird". Und er konnte sich dabei auf den Beschluß des preußischen evangelischen Pfarrervereins berufen, der im vorigen Herbst auf einer Tagung forderte: 1. daß in allen Fortbildungsschulen religiöse Unterweisungen erfolgen, 2. daß, wenn irgend möglich, der Pfarrer sich daran beteiligt und einen Teil des Unterrichts übernimmt, 3. daß die ländlichen Fortbildungsschulen dem Unterrichtsminister (!) unterstellt werden, statt wie bisher dem Landwirtschaftsminister."

In der diesen Beschlüssen vorausgehenden Debatte wurde zugleich verlangt, der Pastor müsse versuchen, die Leitung der Fortbildungsschulen in die Hand zu bekommen. Und ein Redner aus der Provinz Sachsen erklärte, daß dort schon jetzt die Landräte an diesem Ziele arbeiteten. Noch deutlicher wurde im Herrenhause der Oberhofprediger Dryander, der Freund der weißen Einsegnungskleider. „Ich möchte mir gestatten, dem Herrn Minister die dringende Bitte auszusprechen, soviel als nur irgend möglich von diesen Angebot der Geistlichen Gebrauch zu machen. Ich habe in letzter Zeit Gelegenheit gehabt, durch eingehende Verhandlungen mit Abgeordneten aller Provinzen mir einen Ueberblick über die Stimmung der evangelischen Geistlichen zu verschaffen, und ich glaube die Versicherung geben zu können, daß der Herr Minister in diesen Kreisen in vollem Maße auf Bereitwilligkeit, Verständnis und — wie ich wohl annehmen darf — auf Sachkunde und die erforderliche Fähigkeit stoßen wird, die hier in Betracht kommenden Pflichten zu erfüllen." Danach haben also, vielleicht infolge jenes Beschlusses vom Pfarrerverein, innerhalb der evangelischen Kirche Verhandlungen stattgefunden über ihre Stellung zur Fortbildungsschule, und das Ergebnis ist jetzt zu erkennen. Es stimmt völlig überein mit den Absichten der katholischen Kirche. Denn in derselben Sitzung des Herrenhauses begründete der Kardinal Kopp die „Notwendigkeit" des obligatorischen Religionsunterrichts für alle Fortbildungsschulen in derselben Weise wie kurz zuvor das Zentrum im Abgeordnetenhause. Und er erklärte ausdrücklich: „Ich unterschreibe jedes Wort, das Se. Exzellenz der Herr Oberhofprediger Dryander gesprochen hat."

Das Ergebnis dieser Beratungen im Herrenhause bildete eine Resolution des Grafen Droste zu Vischering mit folgendem Wortlaut: „Die sittliche Hebung und Festigung der männlichen schulentlassenen Jugend, die durch das vorliegende Gesetz gefördert werden soll, ist nicht zu erreichen, wenn nicht damit auch die religiöse Fortbildung in der Konfession der Fortbildungsschüler verbunden wird. Die königliche Staatsregierung wird daher ersucht, in dem Unterrichtsplane für die ländlichen Fortbildungsschulen auch diese religiöse Fortbildung auf konfessioneller Grundlage in einer dem reiferen Alter und den Bedürfnissen der Zeit entsprechenden Form zur Geltung zu bringen."

Die Bedeutung und Wirkung dieser Resolution soll aber weit über den Rahmen der ländlichen Fortbildungsschule hinausreichen. Das verriet Kardinal Kopp mit den Worten: „Nun stehen wir vor der Beratung weiterer Fortbildungsschulen für die Städte, und deshalb möchte ich die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses darauf lenken, durch diese Resolution schon jetzt der Hohen Staatsregierung an die Hand zu gehen, möglichst doch die Bedingungen zu schaffen, daß auch die Fortbildung auf dem religiösen Gebiete der schulentlassenen Jugend zuteil wird."

So greifen die Konservativen und die Klerikalen aller Schattierungen einig und entschlossen nach der Fortbildungsschule. Und wenn auch der Handelsminister jetzt offiziös erklären läßt, mit dem obligatorischen Religionsunterricht sei das Pflichtfortbildungsschulgesetz für die Staatsregierung unannehmbar — es wird ihm nichts helfen. Der Wille der Ritter und Heiligen ist, wie wir bereits betont haben, noch immer stärker gewesen als der eines ganzen preußischen Staatsministeriums.

Kurze Chronik.

Der König von Sachsen ist von seiner Afrikareise gestern nach Dresden zurückgekehrt.

Das höchste Gericht in Kopenhagen hat das erstinstanzliche Urteil gegen den orthodoxen Pastor und Redakteur des „Christlichen Tageblatts", Matthiessen, das auf vier Monate Gefängnis wegen Beleidigung und Ausspionierens des Privatlebens des Prinzen Harald lautete, auf drei Monate Gefängnis herabgesetzt.

* Der Direktor der Kassenabteilung im französischen Ministerium des Aeußern Hamon ist seines Amtes entsetzt und verhaftet worden.

Der Mali von Gumba in Französisch-Guinea, der von einer französischen Truppenabteilung verhaftet werden sollte, die dabei zwei Offiziere und zehn Mann einbüßte, ist in Sierra Leone durch den englischen Residenten verhaftet worden.

* Näheres im Text des Blattes.

Der Streik in der A. E. G.

Einen stürmischen Verlauf nahm eine Versammlung der streikenden Arbeiter der A. E. G., die gestern nachmittag bei Ballschmieder in der Badstraße tagte, um endgültig über Aufhebung oder Fortsetzung des Streiks zu entscheiden.

Gestern früh war die Verhandlungskommission noch einmal bei der Direktion vorstellig geworden, und diese hatte ihre Zugeständnisse hinsichtlich der Entlohnung der am Streik beteiligten alten Arbeiter in einigen Punkten erweitert. Die Versammelten zeigten aber keine Neigung zur Aufhebung des Streiks und wandten sich mit lärmenden Rufen gegen die Funktionäre des Transportarbeiterverbandes und Metallarbeiterverbandes, die die Wiederaufnahme der Arbeit empfahlen. Nach fünfstündiger erregter Debatte wurde schließlich die geheime Abstimmung über die Aufhebung des Streiks vorgenommen. Es wurden 920 Stimmen gegen und 52 Stimmen für die Wiederaufnahme der Arbeit abgegeben, so daß der Streik **fortgesetzt** wird. Die Kommission wurde beauftragt, mit der Direktion weiter zu verhandeln.

Das königliche Opernhaus an der Lennéstraße?

Das Projekt, das königliche Opernhaus an der Straße Unter den Zelten zu errichten, soll, wie eine Lokalkorrespondenz meldet, wenig Aussicht haben, jemals verwirklicht zu werden.

Die „maßgebenden" Kreise, man behauptet sogar, die „allerhöchsten Kreise" sollen für ein neues Projekt gewonnen sein, das nunmehr feste Gestalt angenommen haben soll.

Dieses Projekt geht dahin, ein Gegenstück zum Reichstag südlich vom Brandenburger Tor zwischen Lennéstraße und der Charlottenburger Chaussee zu schaffen. An der Königgrätzer Straße in der Nähe der Lennéstraße soll der Platz für die Oper ausersehen sein (also zwischen den Denkmälern Lessings und Goethes, die man bei dieser Gelegenheit womöglich „versetzen" wird). Auf diesen Platz soll eine breite Straße, die verlängerte Taubenoder Jägerstraße münden, um eine wirkungsvolle Ausgestaltung des Platzes und eine direkte Verbindung mit dem Schauspielhause am Gendarmenmarkt zu ermöglichen. Der Platz soll billiger sein, als der mit großen Privatgrundstücken besetzte in den Zelten. Die Lage in der Nähe des Potsdamer Bahnhofes, des Tiergartenviertels und der Friedrichstadt wird für bedeutend günstiger gehalten. Dazu komme, so sagt die Korrespondenz, daß die geplante Untergrundbahn vom Nollendorfplatz nach dem Innern von Berlin diesen Platz berühren soll, um dann durch die neue Straße zur Wilhelmstraße nach dem Gendarmenmarkt, durch die Französischestraße nach Weißensee weitergeführt zu werden. Es würden also, so heißt es weiter, für das neue Opernhaus „ideale" Verbindungen geschaffen werden, worauf ein Opernhaus im „stillen Winkel" in den Zelten von vornherein hätte verzichten müssen. Das neue Projekt, vor dem Brandenburger Tor ein Gegenstück zum Reichstagsgebäude zu schaffen, soll in Architektenkreisen großen Beifall und „allseitige Zustimmung" gefunden haben. Die einzige Schwierigkeit soll in der Anlage der neuen Straße, der Verlängerung der Jäger- oder Taubenstraße über die Wilhelmstraße hinweg zur Königgrätzer Straße bestehen. „Wir wissen," schreibt die Korrespondenz, „welche Schwierigkeiten der Durchlegung der Zimmerstraße nach der Königgrätzer Straße entgegenstanden. Wir wissen aber auch, daß die Minister sehr oft und manchmal recht schnell die Ministerhotels und -gärten mit anderen vertauscht haben, und daß ein Machtwort genügt, um eine Sinnesänderung in Ministerien herbeizuführen. Auf dieses Wort kommt es an."

Wir geben diese Mitteilungen zunächst wieder, weil sie nun einmal vorliegen. Ob es sich dabei bloß um einen von gewissen Kreisen ausgehenden „Fuhler" handelt, oder ob die Dinge schon so weit gediehen sind, daß das neue Projekt nicht bloß in der Phantasie irgendeines Interessenten existiert, bleibe einstweilen dahingestellt.

Die Etatdebatte im englischen Unterhause. Aus London wird telegraphisch berichtet: Nach fünf Sitzungen des Unterhauses ist die weitere Debatte über die Klauseln der Parlaments-bill bis zum 18. April vertagt worden. Obwohl die bisherigen Verhandlungen bisweilen ziemlich stürmisch waren, so hat doch die Regierung bei allen Abstimmungen ihre normale Mehrheit gehabt.

Der Winzeraufstand in der Champagne.

(Telegraphische Berichte.)

Reims, 12. April.

Alle Punkte im Weinbezirk sind heute morgen **militärisch besetzt** worden. Ansammlungen sind verboten. Gendarmerieabteilungen bewachen die Häuser in Damery, die in der vergangenen Nacht geplündert worden waren.

Heute rotteten sich die Winzer in der Gegend von Dizy, Venteuil und Hautvilliers zusammen. Die Leute führten Reblagen mit sich und sangen revolutionäre Lieder. Der Zug gelangte bis in die Nähe von Ay, wo jetzt zwei Schwadronen Dragoner liegen. Obgleich die Straßen gesperrt waren, gelangten viele Winzer doch durch die Weinberge in die Stadt, andere wurden außerhalb von Ay von den Truppen zurückgehalten. Gegen 11 Uhr vormittags versuchten Dragoner die Menge zu zerstreuen, viele weigerten sich aber zu weichen und warfen sich vor die Pferde.

Neue Plünderungen.

Reims, 12. April.

Mehrere tausend Winzer, denen es gelungen war, die Truppenkette zu sprengen, plünderten heute nachmittag zu Ay die Kellereien zweier Häuser und steckten diese in Brand. In Epernay plünderten Winzer ebenfalls mehrere Häuser. Dragoner gingen mit blanker Waffe vor. Mehrere Personen sollen verletzt worden sein.

Paris, 12. April.

Die parlamentarischen Vertreter der Marnedepartements mit Leon Bourgeois an der Spitze haben an den Winzerverband in Epernay ein Telegramm gerichtet, in dem sie ihm beschwören, gegen alle Gewalttätigkeiten Einspruch zu erheben und die Winzer daran zu erinnern, daß der Erfolg jeder gerechten Sache auf der Achtung vor den Gesetzen beruhe.

Die Interpellation in der Kammer.

Paris, 12. April.

Die Deputiertenkammer beriet in der heutigen Sitzung die Interpellationen betreffend die Haltung der Regierung gegenüber der Abgrenzung der Weinbaugebiete. Berry maß die Schuld an den beklagenswerten Vorgängen im Marnegebiet der widerspruchsvollen Haltung des Ministerpräsidenten bei, worauf Monis erwiderte, er habe stets dieselbe Haltung beobachtet. Berry forderte die sofortige Abschaffung der Abgrenzung. Combrouze verteidigte die Abgrenzung und sagte, die Kammer dürfe nicht unter dem Druck des Aufruhrs darüber beraten. Andre Lefevre fragte, wie die Regierung der gestern vom Senat angenommenen Tagesordnung Rechnung tragen werde. Mehrere andere Redner verlangten die Aufrechterhaltung der Abgrenzung. Der Vorsitzende der Ackerbaukommission Clementel führte aus, die Abgrenzung allein könne die Weine gegen Fälschung schützen.

Ministerpräsident Monis erklärte: Das Gesetz muß abgeändert werden. Allerdings ist der jetzige Augenblick nicht günstig, und diese Aenderung muß sorgfältig überlegt werden. Ich bedarf des vollen Vertrauens der Kammer, um die gegenwärtigen schmerzlichen Schwierigkeiten zu überwinden. Die Stunde, über die Abgrenzung hier zu debattieren, ist vorbei. Dies muß der Kommission überlassen werden, mit der die Regierung zusammen arbeiten wird. Nicht durch Worte, sondern durch Taten gedenke ich die Ordnung wiederherzustellen. Gerade ihr Vertrauen ist mir unentbehrlich, das Vertrauen, das sie niemals den republikanischen Regierungen versagt haben, die sich, wie ich, in schwierigen Verhältnissen befunden haben. (Lärm rechts.) Monis schloß mit dem Bemerken, es handle sich für ihn darum, zu wissen, ob die Regierung, die die Pflicht habe, allen Gesetzen Achtung zu verschaffen, auf das Vertrauen der republikanischen Mehrheit zählen könne. (Lebhafter Beifall.)

Jaurès forderte die Aufrechterhaltung der Abgrenzung, bis wirksame Maßnahmen zur Unterdrückung der Fälschungen ergriffen seien. Lefèbvre wünschte bestimmt zu wissen, was die Regierung zu tun gedenke. Monis erklärte, eine von Dalimier eingebrachte Vertrauenstagesordnung annehmen zu wollen. Klotz verlangte, ebenso wie Lefèbvre, daß Monis sich deutlicher erkläre, und kommentierte mit beißender Schärfe dessen Weigerung, mehr zu sagen; trotzdem werde er im höheren Interesse des Landes ein Vertrauensvotum für das Ministerium abgeben. Montebello erklärte, er werde ebenfalls für das Ministerium stimmen, wenn er das Versprechen erhalte, daß die Frage dem Ministerrat unterbreitet bleiben werde. Monis erwiderte, er mache sich dazu anheischig und stellte die Vertrauensfrage.

Der erste Teil der Tagesordnung Dalimier, wonach die Kammer in Ruhe die Lösung der durch die Abgrenzungen aufgeworfenen Fragen zu verfolgen beschließt und an die Vernunft und das Vertrauen der Bevölkerung appelliert, wurde mit **542 gegen 7 Stimmen angenommen**, der zweite Teil, der der Regierung das Vertrauen ausspricht, mit **323 gegen 97 Stimmen**, der Rest, der die Erklärungen der Regierung billigt, und jeden weiteren Zusatz ablehnt, mit **328 gegen 138 Stimmen**. Schließlich wurde die Tagesordnung im ganzen in **einfacher Abstimmung angenommen**.

Der amerikanisch-kanadische Gegenseitigkeitsvertrag. Aus Washington wird telegraphisch berichtet: Der demokratische Ausschuß hat den Beschluß gefaßt, im Kongreß das Gegenseitigkeitsabkommen mit Kanada